

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3607, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3608-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 666. Wöchentlich 3 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellgeld

Berlin

Verantwortl. für den Gesamtheit (außer dem Handelsteil): Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: mm-Zeile 35 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 66, Kochstraße 22-26

10 Pf. · Nr 596 · B 295

DONNERSTAG, 18. DEZEMBER 1930

ABEND-AUSGABE · V

Severings Gegenstoß

Gegen rechtsradikalen Radau, gegen linksradikale Hetze

In der Donnerstag-Sitzung des Bundtags wird nach Überweisung eines Zentrumsantrages über das Aggabewesen an den Ausschuss die erste Beratung des Stots für 1931 fortgesetzt.

Innenminister Severing führt die Gründe an, aus denen er sich nicht an dem Ausdrucks über den ersten gegen ihn gerichteten Mißtrauensantrag beteiligt hat. Ich bin, so erklärt der Minister, ein Anhänger des parlamentarischen Systems. Gerade deshalb aber muß ich mich auch gegen das Zerbröckeln des Reiches einsetzen. Ich habe mich an dem Antrag zum Mißtrauensantrag und Kleinen Anfragen zum Ausdruck kommt. (Sehr wohl! h. d. Regierungsparteien.) Ich bin der Meinung, daß die Führung von Mißtrauensanträgen nicht lediglich Erwägungen entbehrt, sondern nur politisch und politischer Voreingenommenheit. (Märkte rechts.) Wenn das noch eines Beweises bedürftig ist, so ist er erbracht worden in dem zweiten Mißtrauensantrag der Deutschnationalen gegen mich, der sehr vorzeitig, weil ich mich, nach Selbsterhebungen, über die amtliche Stellung des Reiches geführt haben sollte.

Ich treffe die ausschließliche Feststellung, daß ich mich über die Richtung des Films nach Vorführung der amerikanischen Fassung überhaupt nicht geäußert habe. (Hört! hört links.) Sie müßten daher eigentlich diesen Mißtrauensantrag juristisch (Seitens), denn dieser Antrag gerichtet sich ja nur auf diese und nicht auf andere Meinungen.

Es ist nicht wahr, daß die Vorführung des Remarque-Films infolge der Genehmigung der nationalsozialistischen Reichs-Veranstaltungen habe. Das hat der erste und bei der zweiten Vorführung zeigte sich lebendige Empörung und bei der dritten fand nicht nur keine Empörung, sondern wurde der innere Empörung über einen Film laßen läßt, der längst nicht vorher weißer Müßig und Wohlwolligen ein. (Sehr gut!)

Ganz unabhängig von der Beurteilung des Films hat die Polizei dafür zu sorgen, daß Ausrunderbrecher aus Theatern entfernt werden. Würde die Polizei die Demonstrationen gegen den Remarque-Film zulassen, dann würde morgen demonstriert werden gegen ein Schäfer-Drama, das wesentliche Stellen des Weltkriegs demontriert ein nationalsozialistischer Scherzband die Stelle aus Schäfers „Glocke“. „Solcher Friede, läßt Eintritt weit, weit freundlich über die Stadt.“ (Seitens.) Die Demonstration gegen den Film scheinen ihn über den Krieg nicht zu kennen. Dieser Film ist ein hohes Lied auf deutsche Kameradschaft und deutsche Tapferkeit.

Wenn die Nationalsozialisten ruhig, sitzen Sie vor den Leeren Büchern, so meine ich, er soll ruhig eintreten, er bekommt sonst keine Fährte (Seitens).

Von den Deutschnationalen ist gegen das Demonstrationenverbot protestiert worden, das der Regierungspräsident von Oppeln erlassen hat. Dieses Verbot ist aber erlassen worden nach dem vorherigen Einverständnis aller Reichsparteien, von den Nationalsozialisten und Deutschnationalen bis zu den Kommunisten.

Der Gehör der faulischen Einrichtungen ist Sache der faulischen Organe. An diesem Grundgesetz wird in Preußen nicht geändert. Wir brauchen weder auf das Reichsbanner, noch auf irgend eine andere Organisation zurückzuführen. Was wäre ich für ein elender Schläger als Volkspolitiker, wenn ich erlauben möchte, daß die Schutzpolizei zur Erfüllung ihrer Aufgabe nicht ausreicht!

Ich schätze mich den geistigen Dankesworten des Abgeordneten Dr. Joff an die Polizeibeamten an. Auch ich bin der Meinung, es genügt nicht, diesen Dank in Worten auszusprechen, man muß auch denken, daß die Polizeibeamten am 1. Februar auch vom Gehaltsanbau betroffen werden. Deshalb hat sich die preussische Regierung bemüht, in Preußen, mit der Reichsregierung eine Ausnahmebestimmung für die preussischen Polizeibeamten zu erreichen. Leider ist dieser Versuch ohne Erfolg geblieben.

Wir haben uns dann in der preussischen Staatsregierung überlegt, wie wir wenigstens zu einem Teil die Beamten für den Gehaltsanbau entschädigen können. Wir sind zu einem positiven Ergebnis gekommen. (Beifall und Beifallrufe bei der Seg. Part.) Wir werden wenigstens den Gehaltsanbau einen Teil der Ausfälle vom 1. Februar an ersetzen. (Beifall der Kommunisten.) Damit Sie besser präzisieren. Die Schutzpolizei muß sich den Rechts- und Einkommensteuern entgegenstellen, um zu verhindern, daß feindselige Bürger Schaden nehmen. (Beifall Zustimmung bei der Seg. Part.) Kann die Polizei ihre Aufgabe ohne jede Waffe erfüllen? Wenn ich vor der Wahl stehe, die Polizei mit Karabinern und Revolvern versehen zu lassen, oder mit dem Gemein-

inspigel, dann meine ich, ist der Gemeininspigel immerhin noch weniger gefährlich. Feindliche Polizeibeamte, die aus Liebe am Feigeln zum Gemeininspigel greifen, werden nicht gebildet.

Der „Wolffsche Beobachter“ glaubte in diesen Tagen mit einer Entschuldigung zu kommen. Er behauptete, ich hätte von den Regierungsparteien eine Statistik verlangt, wieviel nationalsozialistische Lebewörter bestraft worden sind. Fürwahr, das ist keine Entschuldigung, denn schon vor sechs Monaten hat der Reichsinnenminister eine solche Aufforderung an allen Ländern geschickt und mein Amtsvorgesetzter hat sie in Erfüllung dieses Erlasses des Reichsinnenministers an die ihm unterstellenden Organe weitergeleitet. Der „Wolffsche Beobachter“, es ist alle Material zu einem Verbot der Nationalsozialistischen Partei gesammelt worden. Wenn ich die Nationalsozialistische Partei verboten will, dann jamme ich nicht erst ganz offen bei den Regierungsparteien Material, dann genügt es ein Einverständnis (Jura h. h. Kommunisten: Entzerrt Mann). Jawohl, das ist eben nur ein vereinzeltes Verbrechen.

Der Minister geht dann auf die Zusammenhänge zwischen Studenten und Polizei ein. Er führt aus: Ich habe Befürchtungen für die künftige Jugend und nehme auch jeden Studententag nicht gleich tragisch. Ich habe auch nichts dagegen, wenn die Studenten in den Berliner Straßen singen: „Alle Ringe rollen, nur der meine Severing nicht.“ (Seitens. Getreite bei allen Parteien, auch der Minister läßt.) Wenn aber der Rektor der Medizinischen Hochschule in Berlin davon gebildet wird, seine Vorlesungen zu halten, dann ist die Gemeinlichkeit auf.

Die Studenten sind erregt darüber, daß die Polizei sie hindert, ihre Meinungen auszusprechen. Die Polizei ist dazu da, um Verletzungen des Strafgesetzes zu verhindern und unmöglich zu machen. Ich nehme diese Unterführung nicht tragisch, denn ich bin überhaupt ein großer Freund der Jugend, und ich lasse gerne die Jugend einmal über die Stränge schlagen. Aber ich glaube, die Jugend wird heute frohlocken. Ich halte es für psychologisch unrichtig, ihr zu sagen, auf ihren Schultern ruhe die Zukunft Deutschlands.

Der Minister geht dann auf die unersetzten Entscheidungen in manchen Kommunen ein, die das Eingreifen der faulischen Aufsichtsbehörden zur Folge gehabt haben. Dieses Eingreifen bedeuere nicht, daß die preussische Regierung die Selbstverwaltung irgendwie antasten wollte. Aber bei der Alternative kommunales Chaos oder Eingreifen der Aufsichtsbehörden müßte sich der Staat für das letztere entscheiden.

Der nächste Redner ist der Abg. Comhadi (Wolffs. Partei).

Briand will weiterkämpfen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 18. DEZEMBER

Auf einem Festbankett, das das republikanische Komitee für Handel und Industrie zu Ehren Briands veranstaltete, gab dieser die Fassung auf halbe Wiedererregung Poincarés Ausdruck. Weiter erklärte Briand, daß er „trotz aller Angriffe, aller Kränkungen und Verleumdungen mit allen Mitteln, mit ganzem Herzen und bestem Willen das Werk des Friedens fortsetzen werde, denn er sein Leben geweiht habe.“ Er sei überzeugt, daß seine Friedenspolitik die einzig richtige und einzig ehrenvolle für Frankreich sei. Wenn Frankreich in der Welt geliebt und geachtet ist, so deshalb, weil Frankreich das Land der Revolution und der Menschenrechte, des menschlichen Fortschritts und des Friedens sei.

Die Politik des Friedens solle aber nicht bedeuten, daß man die Sorge für die Sicherheit vernachlässigen könne. Er sei durchaus der Ansicht, daß die nötigen Vorkehrungsmaßregeln getroffen werden müssen, um Frankreich im Verteidigungsfall gegen jeden möglichen Angriff zu halten. Er habe aber ein ruhiges Gewissen, daß diese Vorkehrungsregeln ausreichend getroffen seien. Er sei kein Apollon des Friedens um jeden Preis, aber solange er noch einen Atemzug in der Brust habe, werde er für den Frieden kämpfen.

Die Wiffenpolitik sei dazu gekommen, Steuern und Franzosen auszusparen, warum sollte man nicht auch die schlimmste Geißel des Menschheitslebens, den Krieg, ausrotten können. Briand gedachte dann kurz der Friedensarbeit des Völkerbundes, der durch seine Interventionen den streitenden Parteien die Möglichkeit zu ruhigem Nachdenken vor Eröffnung der Feindfeindschaft gebe. Er schloß mit dem Wunsch, daß alle Franzosen sich einigen möchten in dieser des Friedens.

Ulrich Raucher †

Der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Raucher, ist am Donnerstag früh in St. Blasien, wo er Heilung von seiner Lungen- und Kehlkopf-Tuberkulose suchte, im Alter von 46 Jahren gestorben.

Unter den Luftfahrern, die nach 1918 in die deutsche Diplomatie kamen, war Ulrich Raucher neben Adolf Köster ohne jeden Zweifel die hervorragendste Figur und das glänzendste Talent. Als Professionsflieger 1884 in Stuttgart geboren, ist er nur 46 Jahre alt geworden. Wichtig ist bei Köster hat er ein unvermerkt früher Tod seinen reichen politischen Aufstieg, der auf einer außerordentlichen persönlichen Leistung begründet war, jäh und sinnlos abgebrochen.

Reichsflieger in Hebelberg und Straßburg hatte Raucher mit der Promotion abgeschlossen. Er wandte sich dann der literarischen Betätigung zu. Ein brauender Jugendroman, eines ausgeprägten Liebesromans aus der französischen Literatur des 18. Jahrhunderts, ebenso die Herausgabe eines der besten älteren deutschen Romanentwürfe sind die ersten Zeugnisse seiner vielfachen schriftstellerischen Begabung. Von da zum Journalismus war nur noch ein kurzer Schritt. Brillante Berliner Kulturkritiker in der „Frankfurter Zeitung“, bedeutendste politische Beiträge für die „Wolffsche Zeitung“, maßten den Namen Ulrich Rauchers weitläufig bekannt. Während des Krieges verdienstliche er einbrudrvolle Schlichterungen der Zustände in Belgien, die dann in Auswurf zum gemeinsamen. In einem früheren Zeit bei Kriegesjahre hinüber fand er im Herbsthild, weil er am Westfront.

Das Kriegsergebnis verurteilte seine politische Aktivität. Als Gemeinlichkeitsführer, wie gegen und gegen, Professore, wie Debrück und Garmund, Wirtschaftsführer, wie Dornberg und Arnhold, zusammen mit einem ehemaligen Diplomaten der Vaterlandspartei und ihren ausländischen Kriegsgenossen eine Einheitsorganisation der Bermannt entgegenzustellen suchten, wurde Raucher der Geschäftsführer dieses „Wolfsbundes für Vaterland und Freiheit“. Dort trat er auch über nahe, der ihn sich 1918 (sogar als Vorkämpfer für die Volkseigenen) hatte. Raucher wurde Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, und seine propagandistische und politische Leistung war es, die aus seiner damaligen Arbeit das ständige Amt eines Reichspressesprechers hervordrängte.

Aus dieser verantwortungsvollen Arbeit heraus ging Raucher auf Veranlassung Eberts 1920 in die diplomatische Tätigkeit über, als ein deutscher Gesandter zu der jungen sozialistischen Republik Georgien zu schicken war. Die durch die Occupation Georgiens und Bolschewisten der Besatzungsposten in Tiflis überflüssig wurde, kam Raucher nach Berlin zurück und übernahm nun als Angehöriger des auswärtigen Dienstes wichtige Sondermissionen, wie die Vertretung des Reichspressesprechers auf der Konferenz von Genau.

1922 brauchte man einen Gesandten für Warschau, das mit gutem Grund als einer der aller schwierigsten Posten der deutschen Diplomatie galt. Der erste Vertreter, den man bisher geschickt hatte, Graf Darzy Gekler, war, obwohl zweifellos ein Freundesfreund und sogar persönlicher Bekannter des Vorkämpfers, kurz nach seiner Ankunft von den Polen wieder nach Berlin zurückgeschickt worden, weil seine Akkreditierung vor Abschluß des Verfallers Friedens der damaligen polnischen Regierung als eine Gefährdung ihrer zweifelhaften Stellung als Mitglied der Egegemeinlichkeits erdigen. Sein Nachfolger, Graf Oberdorff, kam erst nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles, fand aber trotz seiner Beziehungen zum Vorkämpfer und kaiserschlischen Klerus eine eigene Aufnahme, daß er sich nur kurz Zeit in Warschau aufhielt und bald seine Stelle abberufen veranlagte.

Als galt es großes Wagnis, daß die Reichsregierung nach einem weiteren Interregnum schließlich einen so jungen Diplomaten wie Raucher in den polnischen Grenzgebiet schickte. Aber bald mußten auch die schärfsten Kritiker dieser Wahl, die die Dinge an Ort und Stelle beobachteten, zugeben, daß der beste Mann für diese große und schwierige Aufgabe gefunden war. Eine weltweite Bildung und Reife Erfahrung gaben Raucher ein über den Zeit in Warschau aufhielt und bald seine Stelle abberufen veranlagte.

Infolge des Umfangs der deutsch-polnischen Verhandlungen — in Rauchers Amtszeit fand auch die hundertste und größere Beiträge zwischen Berlin und Warschau abge-